

UNSHAMBURG

SEIT 2015 DEM WOHLF HAMBURGS VERPFLICHTET

Politische
Korrektheit

Wahn-
sinn

Seite 2



Bundeswehr
unerwünscht

Un-
sinn

Seite 5



Linksextremisten
an Schulen

Rechts-
sinn

Seite 7



Liebe
Hamburger!



Von der „Freien und Luftschlösserstadt Hamburg“ sprach jüngst die WELT und berichtete darüber, wie der links-grüne Senat nahezu im Wochentakt immer phantastischere Projekte ankündigt. Mal soll Hamburg als Wissenschaftsstandort der englischen Nobelpreisträger-Schmiede Oxford Konkurrenz machen, mal soll es als „Global Active City“ zum weltweiten Sport-Mekka werden.

Derweil versuchen die Hamburger, ihre ungelösten Alltagsprobleme in den Griff zu bekommen. Sie kämpfen mit Wohnungsnot, Baustellenchaos und Dieselfahrverboten. Dass die angeblich sinkenden Verbrechenszahlen der Hamburger Kriminalitätsstatistik ebenfalls in den Bereich Luftschlösserpolitik fallen, hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter moniert, kaum dass sie veröffentlicht wurden.

Daher meine Bitte: Liebe Hamburger, wie es mit unserer Stadt weitergeht, entscheidet ihre Stimme – zum Beispiel am 26. Mai bei den Wahlen für die Bezirke und das EU-Parlament. Gehen Sie hin, stimmen Sie ab für ein schönes und lebenswertes Hamburg.

Dirk Nockemann,
Fraktionsvorsitzender

Gratulation Grundgesetz!



Erst war es ein Provisorium, dann wurde es zum Definitivum. Seine Grundsätze gelten bis heute und werden gerade und ganz besonders von der AfD hochgehalten! Das Grundgesetz wurde im Auftrag der drei westlichen Besatzungsmächte – Amerikaner, Briten und Franzosen – vom Parlamentarischen Rat in Bonn erarbeitet, von ihnen genehmigt und mit Ausnahme des bayerischen von allen Landtagen in den drei Westzonen angenommen. Die CSU-Mehrheit im bayerischen Landtag lehnte den Entwurf für das Grundgesetz ab, weil er ihr zu wenig föderalistisch war. Dennoch trat das Grundgesetz auch in Bayern in Kraft, denn der Freistaat beschloss, die Verfassung zu akzeptieren, wenn sie bundesweit von zwei Dritteln der Länder angenommen werden sollte. Das war der Fall, und es war gut so. Viele AfD-Gegner behaupten, dass sie verfassungsfeindlich und gegen das Grund-

gesetz sei. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Die AfD steht fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung! Gerade die AfD ist es, die die Demokratie lebendiger gemacht hat.

Sie ist der Lackmustest für die Demokratie in Deutschland. Am Umgang mit der AfD zeigt sich, wie es um die Demokratie bestellt ist. Denn wer Andersdenkende als „Nazis“ diffamiert, um Hass und Gewalt gegen sie zu legitimieren, hat den Pfad des Grundgesetzes längst verlassen und ist dem extremistischen Lager zuzurechnen.

In einer Debatte um neue Feiertage schlug die Hamburger AfD-Fraktion übrigens den 23. Mai vor. Dieser Tag war 1949 mit der Verkündung des Grundgesetzes die Geburtsstunde der Bundesrepublik. Ein echter Tag zum Feiern also, denn er schlug ein neues demokratisches und rechtsstaatliches Kapitel der deutschen Geschichte auf.

Politische Korrektheit ist politisches Narrentum!

Wie linke Spaßbremsen den Fasching kaputtreden



Aufgepasst kleine Indianer-Prinzessin, die Leute vom Stamme der Spaßbremsen und Spielverderber sind auf dem Kriegspfad

Der nächste Fasching kommt bestimmt. Natürlich werden die selbsternannten Spaßbremsen der politischen Korrektheit dann wieder das Kriegsbeil ausgraben, um Indianerkostüme und anderen angeblich zutiefst rassistischen Mummenschanz zu bekämpfen. – Ein Kommentar von Fraktionschef Dirk Nockemann.

Wer von den Älteren unter uns erinnert sich nicht daran, wie unbeschwert wir als Kinder zu Karneval in die Rollen von Winnetou, seiner Schwester Nscho-ttschi und Old Shatterhand geschlüpft sind. Niemand wollte mit einem derartigen Faschingskostüm Indianer diskriminieren. Winnetou war vielmehr unser Held. Aber eine derart unbeschwerte Kindheit war wohl nur in Zeiten möglich, in der sich die sogenannte politische Korrektheit noch nicht wie Mehltau über alle gesellschaftspolitischen Debatten gelegt hatte. Heute, im Zeichen einer hypermoralisierenden politischen Korrektheit, bestimmen unsinnige Verbote und vermeintlich moralische Belehrungen unser Denken und Handeln – und machen auch vor den Kindern nicht halt.

Worum geht es? Rechtzeitig vor Rosenmontag verschickte die Leitung einer Ottensener Kita, die zum öffentlichen Unternehmen „Die Elbkinder – Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten“ gehört, ein Schreiben an die Eltern, in dem darum gebeten wurde, bei der Auswahl des Faschingskostüms darauf zu achten, dass keine „Stereotype“ bedient würden. Die Kinder sollten zum Beispiel nicht in Indianer- oder Scheichkostümen erscheinen.

Zur Begründung wurde später nachgeschoben, es gehe um Kostüme, „die auf Rasse oder Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder anderen Minderheit Bezug nehmen und zusätzlich negativ konnotiert sind und damit für Teile unserer Elternschaft verletzend sein könnten.“

Sehr wahrscheinlich beruht dieses Schreiben an die Eltern auf der Broschüre „Fasching vorurteilsbewusst feiern“, herausgegeben 2016 von der Berliner Beratungsstelle „KiDs“. In dieser Broschüre wird darauf hingewiesen, dass Kostümierungen „diskriminierungssensibel“ sein sollen. Übrigens fördert das Bundesfamilienministerium die zuständige „Fachstelle Kinderwelten für vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“ über das Programm „Demokratie leben!“. Allein 2016 flossen 208.053 Euro.

Die AfD-Bürgerschaftsfraktion meint dazu: In Deutschland greift mittlerweile ein unerträgliches linksgrünes Bevormundungsgehebe um sich und macht auch vor unseren Kindern nicht halt. Am Aschermittwoch ist alles vorbei, aber leider nicht bei den Wächtern der Politischen Korrektheit. Wo soll dieser politisch korrekte Wahnsinn noch enden?! Politische Korrektheit ist politisches Narrentum! Kinder haben Freude am Verkleiden. Ende! Jedes Kind sollte deshalb das Kostüm wählen können, das ihm gefällt und nicht das, was linksgrünen ideologischen Ansprüchen gerecht wird. Die AfD-Bürgerschaftsfraktion wird ein waches Auge darauf haben, dass die moralischen Tugendwächter dieser Stadt sich nicht über unsere Freiheiten erheben.

DEMOKRATIEFEINDE

Plakatzerstörer festgenommen

Ein politisches Plakat in blauer Farbe, ein Kürzel, in dem A, f und D aneinandergereiht sind, und schon zeigen manche Menschen, was sie von der Demokratie halten, nämlich nichts. Indem sie Plakate zerstören, behindern sie auf höchst unfaire Weise die Meinungsbildung und den freien Wettbewerb zwischen den politischen Akteuren.

Solche Aktionen können allerdings schnell auf dem Polizeirevier enden: „Beamte des Polizeikommissariats der Region Mitte haben am Montagabend eine 41-jährige Deutsche und einen 30-jährigen Deutschen wegen des Verdachts der Sachbeschädigung von Veranstaltungspaketen vorläufig festgenommen“, hieß es in einer Polizeimeldung vor wenigen Wochen.



Zerstörtes Plakat: Kein Kavaliersdelikt, empfindliche Strafen drohen

Das Krawall-Pärchen hatte rund 30 AfD-Plakate an der Mönckebergstraße zerstört. Aufmerksame Bürger beobachteten das Geschehen und verständigten die Polizei. Nun ermittelt sogar der Staatsschutz. Wer Plakate zerstört, begeht kein Kavaliersdelikt. Neben empfindlichen Geldstrafen drohen bis zu zwei Jahre Haft wegen Sachbeschädigung. Noch etwas macht den antidemokratischen Vandalismus riskant: Immer mehr Bürger stören sich daran und melden die Übeltäter der Polizei.

Altparteien auf Ideenklau

Von der AfD Erdachtes hat die Konkurrenz oft zum Stehlen gern

„Wer hat's erfunden?“ heißt es in dem bekannten Werbespot einer Schweizer Bonbonmarke, wenn Unbefugte frech behaupten, die Urheber der wohlgeschmeckenden Kräuter-Spezialität zu sein. Die Hamburger AfD-Fraktion kann diese Frage ziemlich oft in die parlamentarische Landschaft hinausrufen. Was gestern abgelehnt wurde, weil es von den blauen Politudurchstartern kommt, ist heute eine glänzende Idee, mit der sich Rote, Gelbe, Grüne oder Schwarze schmücken. Man kann es mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehen: AfD wirkt und bewegt etwas in unserer Stadt. Aber haben die politischen Mitbewerber den Ideenklau wirklich nötig? Und was sagt das über das demokratische Miteinander aus?

Hier eine kleine Auswahl von AfD-Vorschlägen, die zu „Raubkopien“ der Altparteien wurden.

Juni 2015 und April 2018: Drogenhandel, Schlägereien, Alkoholismus und Verwahrlosung machen den Hansaplatz zum Kriminalitätsschwerpunkt. Daher forderte die AfD-Fraktion dort, den Verkauf von Glasflaschen und Alkohol an den Abenden und Nächten zu verbieten. Beide Anträge wurden abgelehnt.

August 2018: „Brennpunkt Hansaplatz: Innensenator Andy Grote schiebt Glasflaschenverbot an“, titelt Bild Hamburg am 23. Oktober 2018. SPD-Mann Grote hat plötzlich erkannt, dass „die Situation am Hansaplatz ernst ist“. Besonders lautstark fordert auch der SPD-Abgeordnete Markus Schreiber das Aus für Glasflaschen auf dem Platz sowie ein nächtliches Verkaufsverbot für Alkohol (Hamburger Abendblatt, 17. April 2018). Seltsam: Im Juni 2015 hatte Schreiber den AfD-Antrag noch abgelehnt.

März 2018: Das sei „Populismus“ und „Panikmache“ heißt es zum Antrag der AfD, das „Tatmittel Messer“ im Vorgangsbearbeitungssystem der Polizei zu erfassen und in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) abzubilden. Eine Mehrheit der Altparteien lehnt den AfD-Antrag ab.

Juli 2018: Ab sofort wird erfasst, ob bei schweren Straftaten Messer eingesetzt werden. „Durch die ‚Messerstatistik‘ erhofft sich die Polizei einen besseren Überblick über den Einsatz der leicht verfügbaren Waffe. Bislang gibt es eine solche Erhebung nicht“, ist im Abendblatt zu lesen (23. Mai 2018), nachdem Polizeipräsident Ralf Martin Meyer im Mai die neue Zählweise bekannt gegeben hat.

Juni 2016: „Was soll das denn? AfD will

Hamburgs Obdachlose zählen“, mokierte sich Mopo-Redakteur Mike Schlink (15. Juni 2016) über den Antrag mit dem Titel „Empirische Untersuchung zur Situation der Obdachlosen im Stadtgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg“. „Laut AfD könne man Obdachlosigkeit nur dann zielgerichtet begegnen, wenn der ‚Ist-Zustand‘ bekannt ist“, schreibt Schlink in grenzenloser Verwunderung. In der Bürgerschaft gibt man sich ebenso missgünstig und lehnt den

müssen oft auch Senioren einen „Arzttermin oder Behördengang bereits vor oder um 9 Uhr“ wahrnehmen. „In diesem Fall ist ein Einzelfahrschein zu lösen. Das trifft dann wieder auf zahlreiche Menschen zu, die zum Teil ohnehin schon mit jedem Euro rechnen müssen“, heißt es im Antrag. Aber: Altersarmut hin oder her, der Vorschlag kommt von „der falschen Seite“ und wird in der Bürgerschaft abgelehnt.

Februar 2019: „Ganztägige Nutzung der HVV-Senioren-Karte ermöglichen“, heißt der



Ausspähen, Abschauen, Übernehmen: Wenn SPD und Co. mit guten Ideen auftrumpfen, hat sie oft eine ganz andere Partei ersonnen

Antrag ab.

Januar 2018: „Um weiterhin ... bedarfsgerechte Hilfe- und Versorgungsangebote für diese Personengruppe vorhalten zu können, beabsichtigt die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) ... eine Befragung der obdachlosen, auf der Straße lebenden Menschen in Hamburg durchzuführen“, heißt es im Senats-Gesetz „über die Zählung und Befragung obdachloser, auf der Straße lebender Menschen und wohnungsloser, in Wohnunterkünften lebender Menschen“. Als die Zahlen bekanntgegeben werden, schlagzeilt die Mopo: „Obdachlosigkeit fast verdoppelt – Hamburg muss jetzt endlich handeln!“ (12. Januar 2019).

März 2018: „Die zeitliche Einschränkung der Seniorenkarte verringern“, schlägt die AfD-Fraktion in ihrem Antrag vom 27. März vor. Die ermäßigten HVV-Ausweise gelten nicht zwischen 6 und 9 Uhr morgens. Dabei

Antrag der SPD-Fraktion. „Viele Seniorinnen und Senioren sind oft durch morgendliche Termine genötigt, den ÖPNV während der Sperrzeit zu nutzen. Durch die Tatsache, dass für Fahrten vor 9 Uhr bislang ein separater Einzelfahrschein gekauft werden muss, wird der gewährte Rabatt vielfach geschmälert oder gar aufgezehrt“, haben die „Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ schlau erkannt. – Die Mehrheit der Bürgerschaft stimmt

zu. Dass man HVV-fahrenden Rentner bereits vor einem Jahr das Leben hätte erleichtern können? Für Links-Grün kein Thema.

Juni 2016: Das sei „rechtspopulistische Hetze“ tönte es von Seiten der etablierten Parteien in der Bürgerschaft. Grund für die Empörungswelle: Die AfD hatte vorgeschlagen, in einem verbindlichen Anforderungsprofil festzuschreiben, dass im Ausland ausgebildete Imame Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen müssten.

März 2019: Im Antrag zur „Neuregelung der Einreisebestimmungen und der Qualifikationen von islamischen Religionsgelehrten“ fordern SPD und Grüne „zu prüfen, ob die zum Zweck der Tätigkeit als islamische Religionsgelehrte einreisenden Personen verpflichtet werden können, vor Einreise in die Bundesrepublik einen Deutschkurs mit anschließendem Sprachtest zu absolvieren.“

Ja zur Gleichberechtigung! Nein zum Parité-Gesetz!

Ein Kommentar des AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann

Haben es Frauen heutzutage wirklich nötig, mittels Quote in der Politik Karriere zu machen? Ein Gesetz, das Parteien zwingt, ebenso viele Frauen wie Männer aufzustellen, widerspräche gleich mehrfach der Verfassung.

100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist in der Hamburgischen Bürgerschaft im Februar das „Pro und Contra“ der Einführung eines sogenannten „Parité-Gesetzes“ debattiert worden. Insbesondere die Linksfraktion und die Fraktion der Grünen möchten zukünftig erreichen, dass der Anteil der Frauen in der Bürgerschaft dem Anteil in der Bevölkerung entspricht. Grüne und Linke wollen zu diesem Zweck die Parteien verpflichten, bei Bürgerschaftswahlen gleich viele Frauen und Männer als Kandidaten auf den Landeslisten aufzustellen – und zwar ohne Rücksicht darauf, dass sich deutlich weniger Frauen als Männer für eine Mitarbeit in der Politik engagieren. Wenn aber Parteien künftig ihre Listenplätze alternierend mit Frauen und Männern besetzen müssen, führt das zu einem kuriosen Ergebnis. Denn: Wenn keine Frau mehr zur Kandidatur bereit wäre, dürfte auch kein Mann mehr kandidieren.

Die AfD hat es in der aktuellen Stunde im

Februar klar abgelehnt, eine derartige Regelung in Hamburg einzuführen. Ein solches Gesetz würde gegen die Verfassung verstoßen. Der Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung fordert keine „Ergebnisgleichheit“ bei Männern und Frauen, sondern nur die „Gleichberechtigung in Form von Chancengleichheit auf der Startlinie“. Diese aber ist in Deutschland überall gegeben. Jede Frau kann sich in politischen Parteien ohne rechtliche Diskriminierung auf einen Listenplatz bewerben. Ob sie dann auch tatsächlich von einer Partei aufgestellt wird, entscheiden allein die Mitglieder.

Wollte man dieses Recht der Parteien künftig aushebeln, griffe man rechtswidrig in das Selbstbestimmungsrecht der Parteien ein. Ferner wird durch eine derartige Regelung das „aktive Wahlrecht“ empfindlich berührt, weil es den Bürgern dann künftig nicht mehr möglich ist, Parteien, deren Kandidaten überwiegend einem Geschlecht angehören, zu wählen. Auch das passive Wahlrecht wird in verfassungswidriger Weise eingeschränkt, wenn einem Vertreter eines Geschlechts die Kandidatur selbst auf den hinteren Listenplätzen nur deshalb verwehrt wer-

den kann, weil vom anderen Geschlecht niemand mehr zur Kandidatur bereit ist. Zudem stünde eine solche Regelung auch dem in der Verfassung verankerten Grundsatz der Gleichheit von Mann und Frau entgegen.

Die AfD-Fraktion ist der Auffassung, tüchtige und kompetente Frauen benötigen das Instrumentarium der „Quotenfrau“ nicht, sondern überzeugen durch ihre Leistung – und so soll es auch sein. Aufgrund der erheblichen politischen Versäumnisse von Links-Grün und CDU steht unser Land vor einer Reihe existentieller Probleme: Pflegenotstand, Altersarmut, Wohnungsnotstand, Bildungsnotstand, verstopfte Straßen. In Hamburg halten sich hunderte gewaltbereiter Salafisten auf. In den modernen Zukunftstechnologien ist Deutschland unaufholbar abgehängt. Da sollten wir uns nicht mit links-grünen Nebenkriegsschauplätzen in Form bedenklicher Wahlgesetze beschäftigen, sondern wir sollten mit Mut und Entschlossenheit die großen Probleme Hamburgs und Deutschlands endlich anpacken. Die Hamburger AfD-Fraktion arbeitet dabei an vorderster Front mit.

Quote nur in Ausnahmen - Parität geht gar nicht!

Monika Winkler blickt aus Frauensicht auf das Miteinander der Geschlechter

In der Berufswelt treffen Frauen immer noch auf Männer, die es schwer ertragen, starke Frauen in ihrer Nähe zu haben. Sie lieben es, sich mit Frauen zu schmücken, sich unentbehrlich zu machen oder gönnerhaft zu zeigen, denn das möbelt ihr Ego auf. Aber wehe, Frau macht ihnen den Job streitig.

Frauen haben das Problem eher nicht. Sie sind im Allgemeinen weniger machtbesessen. Sie wissen, wann sie gut sind und brauchen dafür keine Positionen, keine Ämter und auch kein Lametta. In dem einen oder anderen Fall könnte ihnen allerdings, quasi als Eintrittskarte, eine Quotenregelung helfen, um öfter auch höhere Positionen erklimmen zu können – wenngleich Quote leider nicht geeignet ist, beim Manne das längst überfällige Umdenken herbei zu führen.

Noch bekommen Frauen die Kinder, auch wenn das so manchem Gender-Ver sprengten überhaupt nicht passt. Im Zuge dessen verzichtet die eine oder andere (leider immer seltener) auf Karriere zugunsten der Familie. Das ist ein Grund, warum es

in der Berufswelt, auch in der Politik, weniger Frauen als Männer gibt. Diesen Unterschied macht auch ein Parité-Gesetz nicht wett. Welch ein Irrsinn, den Parteien vorzuschreiben, dass sie Männer und Frauen fifty-fifty abbilden müssen. Das ist völlig unrealistisch, und zwar grundsätzlich und in allen Lebensbereichen.

Mann sollte begreifen, dass es einen Mangel an Fachkräften gibt und einen an Kindern. Für beides braucht die Gesellschaft Frauen. Doch wer beides haben will, der muss die Arbeitswelt familienfreundlicher gestalten. Hinzu kommt die Digitalisierung der Arbeitswelt, strukturell und dynamisch. „Lebenslanges Lernen“ fordert Männer und Frauen heraus und bringt sie zueinander. Im besten Fall sollten sie sich ergänzen, und zwar nicht nur Zuhause. Also: Eltern in die Chefetagen. Nur Führungskräfte, die beides wollen: arbeiten und erziehen, werden künftig neue Modelle entwickeln.

Frauen sind die halbe Menschheit. Ungleichbehandlungen sind inakzeptabel. Immer wieder hat es in unserer Geschich-

te Präzedenzfälle gegeben, die Männer zwangsweise zum Umdenken veranlassen haben. So wurde das Recht von Mädchen auf höhere Bildung erst Ende des 20. Jahrhunderts schrittweise erkämpft. Alles unterliegt einer Entwicklung, um zur Reife zu gelangen. Zwanghafte Gleichmacherei von Mann und Frau ist unnatürlich und wird allein deswegen niemals ein probates Mittel sein, Frauen zur Gerechtigkeit zu verhelfen.

Fazit: Gleichberechtigung ist unabdingbar, Gleichmacherei im Zuge von Gender geht am Leben vorbei. Quoten sind nur als Ausnahmen hilfreich und die von Linksgrün geforderte Parität totaler Blödsinn. Nur wer sich selbst seines Wertes bewusst ist, der kann selbstbewusst Unterschiede von Mann und Frau akzeptieren und nutzen. Darin liegt Potential.

Die Autorin

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der AfD-Fraktion. Die 56-jährige gelernte Journalistin ist verheiratet und hat vier Kinder.

Rot-Grün: Bundeswehr ist nicht willkommen!

AfD-Antrag Beförderungsappelle auf dem Rathausmarkt abgelehnt



Feldmütze und Kampfstiefel ohne Soldaten: Rot-Grün will auf dem Rathausmarkt keine Soldaten sehen

Die Bundeswehr wieder mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken, das war das Ziel eines AfD-Antrages. Die alljährliche Beförderung der Offiziersanwärter zu Offizieren sollte künftig auf dem Hamburger Rathausmarkt durchgeführt werden. Die CDU-Fraktion fand den AfD-Antrag so gut, dass sie auf den Zug aufsprang und einen eigenen Zusatzantrag formulierte. Aber die rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft lehnte die Anträge ab.

„Die Soldatinnen und Soldaten sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft und führen dennoch ein beschämendes Schattendasein“, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion Detlef Ehlebracht und ergänzt: „Es liegt in der Verantwortung der Politik, dies zu ändern. Unsere Bundeswehr muss raus

aus dem Schattendasein und rein in die Öffentlichkeit! Als erfolgsversprechende Mittel eignen sich die bereits in der Vergangenheit durchgeführten Gelöbnisse auf dem Rathausmarkt. Diese Form der Anerkennung und Wertschätzung muss wiederbelebt werden. Sie wäre ein erster Schritt, die Bereitschaft sowie die Leistung der Soldatinnen und Soldaten angemessen zu würdigen. Denn das Bekenntnis zu unserer Armee ist ein Bekenntnis zu unserer freiheitlich, demokratischen Gesellschaft!“

Man merke! Rot-grüne Politiker haben Bundeswehrsoldaten weltweit in Kriege geschickt. Aber in der Heimat sollen sie sich möglichst in Kasernen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit bewegen. Rot-grüne Doppelmoral!



UNDEMOKRATISCH Altparteien grenzen AfD aus

Im Februar 2019 wurde ein fraktionsübergreifender Antrag von SPD, Grüne, CDU, Linke und FDP – aber ohne AfD – behandelt. Darin ging es um eine Motivations- und Informationskampagne zur Bürgerschaftswahl 2020. Möglichst viele Hamburger sollten motiviert werden, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Deshalb sollte eine Agentur eine parteiübergreifende Kampagne – Kosten knapp eine Million Euro – zur Wahlmotivation entwickeln.

Für den AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf ist diese pauschale Ausgrenzung wenig souverän: „Die Altparteien scheinen dem demokratischen Diskurs nicht mehr gewachsen zu sein. Dadurch beschützen sie nicht die Demokratie, sondern sie beschädigen sie. Die AfD hat bei den letzten Wahlen in Deutschland durch ihre reine Existenz die Wähler mobilisiert. Den antragsstellenden Fraktionen geht es gar nicht um Wahlmotivation in Hamburg, denn sie grenzen ja über 70.000 Bürger, die der AfD bei der letzten Bundestagswahl in Hamburg ihre Stimme gaben, aus. Wahlmotivation geht anders und fängt nicht mit Ausgrenzung an!“

Für Fraktionschef Dirk Nockemann vergiftet dieser Antrag die Stimmung in Hamburg und beschädigt sogar die parlamentarische Demokratie: „Er steht für eine ängstliche Ausgrenzung der AfD durch die anderen Parteien. Selbst Parteien wie CDU und FDP, die sich als bürgerlich darstellen, kooperieren lieber mit der Linksfraktion, die die polizeiliche Einsatzstrategie immer noch als alleinige Ursache der G20-Gewalt betrachtet. Die einzige bürgerliche Alternative ist und bleibt die AfD.“

Neue Doppelspitze

Dr. Alexander Wolf und Dirk Nockemann bilden ab dem 1. März die Doppelspitze der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Sie werden die AfD als freiheitlich-konservative Kraft weiter etablieren und den erfolgreichen Kurs der Fraktion weiter vorantreiben.

AfD-Fraktion im Dialog als Publikumsmagnet

So voll wie selten bei politischen Veranstaltungen (Abendblatt)

Fraktion im Dialog heißt die Veranstaltungsreihe der AfD. Im Regelfall einmal im Monat lädt die Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Ob mit externen oder internen Referenten, bei AfD-Fraktion im Dialog kommen auch die Bürger zu Wort.

Zu Gast waren der frühere tschechische Präsident Václav Klaus, der frühere Hamburger Feuerwehrchef Oberbranddirektor Klaus Maurer, der Hamburger Verfassungsschutzchef Torsten Voß, der Pressechef der Hamburger Polizei Timo Zill, der Herausgeber der

Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein, der Journalist Billy Six, der Publizist Michael Klonovsky, der Publizist Matthias Matussek, der Journalist Bernd Kallina, der Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Günter Scholdt, der in Israel lebende Journalist Ulrich Sahn und die Initiatorin der ersten Anti-Merkel-Demos Uta Ogilvie. Ebenso waren bekannte AfD-Politiker wie Prof. Dr. Jörg Meuthen, Dr. Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel, Beatrix von Storch, Dr. Gottfried Curio, Albrecht Glaser, Dr. Bruno Hollnagel, Oberst a. D. Georg Pazderski und Waldemar Herdt im Hamburger Rathaus.



Packender Erlebnisbericht von Billy Six: Der Journalist befand sich 119 Tage in Einzelhaft in einem venezolanischen Geheimdienst-Gefängnis

Auf den Geschmack gekommen? Hier finden Sie regelmäßig unsere Vorträge:

afd-fraktion-hamburg.de

[facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://www.facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

AfD-Fraktion im Dialog: 2019

Dienstag, 21. Mai
Donnerstag, 23. Mai
Dienstag, 4. Juni
Dienstag, 11. Juni
Dienstag, 2. Juli
Montag, 19. August
Montag, 2. September
Montag, 16. September
Dienstag, 15. Oktober
Montag, 11. November
Montag, 9. Dezember

Beginn ist in der Regel um 19 Uhr.
Bitte anmelden unter:

afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de

oder unter 040 / 428 31 2518

Gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf und informieren Sie ganz aktuell über Referent und Thema: Schreiben Sie uns einfach unter Stichwort „Verteiler“ an die obenstehende Mailadresse.

„Schulleitung ablösen!“

Ein ehemaliger Mitarbeiter der Schulbehörde über die Neutralität an Hamburger Schulen

Das Hamburger Abendblatt mochte den folgenden Leserbrief zu den linksextremistischen Aktivitäten an der Ida Ehre Schule nicht abdrucken. Wir tun es! Geschrieben hat ihn ein langjähriger und verdienstvoller Mitarbeiter der Hamburger Schulbehörde (Name der Redaktion bekannt):

„Rund 40 Jahre stand ich im Dienst der Hamburger Schulbehörde – und habe allerhand erlebt in Schulen und Administration. Doch das, was jetzt über den jüngsten Polit-Skandal an der Ida Ehre Schule berichtet wird, stellt fast alles in den Schatten, was es an Skandalen in der Hamburger Schullandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hat. Denn dort haben – anscheinend völlig ungestört durch Schulleitung,

Lehrerkollegium und aufsichtsführende Behörde – verummte, linksextremistische und gewaltbereite „Aktivisten“ der berüchtigten Antifa in Räumlichkeiten der Schule direkt und indirekt zu gewalttätigen Aktionen aufgerufen – gegenüber politisch Andersdenkenden. Fotos in Schulräumen verherrlichen Gewalt zum Beispiel konkret gegen die AfD. Heute die AfD. Morgen FDP und CDU? Was ist übermorgen?

Die Schulleitung muss laut Gesetz und Vorschriften eine politisch strikt überparteiliche Bildungsarbeit gewährleisten, die einer gewaltfreien politischen Bildung verpflichtet ist.

Aber das genaue Gegenteil geschieht an der Ida Ehre Schule. Bobachter argwöhnen, dass im Lehrerkollegium viele Sympathisanten der Antifa

sein müssen. Mehr noch: Einige meinen sogar, ohne aktive Unterstützung aus linksradikalen Lehrergruppierungen wäre es gar nicht möglich gewesen, über einen längeren Zeitraum gezielt und „in bunter Vielfalt“ zu einem gewalttätigen Kampf gegen Gruppen aufzurufen, die nicht zu den Freunden der Antifa zählen.

Die verantwortliche Schulleitung zumindest gehört vor ein Disziplinargericht – und schleunigst abgelöst. Wehret den Anfängen! Würden die Polit-Kämpfer, die die Gewalt verherrlichen, zu einer „rechten“ Szene gehören, riefen wohl nicht nur die Medien, die zum linken Mainstream gehören, sofort zum sofortigen Rücktritt auch des Schulsenators auf. Sind wir längst auf dem linken Auge blind geworden?“

„Lehrer, die fassungslos machen!“

Extremismus darf in Hamburgs Schulen keinen Platz haben!

Die entscheidenden Hinweise kamen über das AfD-Portal „Neutrale Schulen Hamburg“: Linksextremisten hätten die Ida Ehre Schule in Eimsbüttel quasi als eine Art Kaderschmiede gekapert. Eine Anfrage der AfD-Fraktion legte offen, wie an dieser Schule die vom Verfassungsschutz beobachtete und als gewaltorientiert eingestufte Gruppierung „Antifa Altona Ost“ unter Duldung und teils sogar unter Anleitung von Lehrkräften agieren konnte.

Im Raum einer 12. Klasse wurde den Schülern eine große Pinnwand zur Einrichtung einer „Antifa Area“ zu Verfügung gestellt. Daran klebten Flyer und Aufkleber von gleich drei vom Verfassungsschutz beobachteten linken Gruppierungen, mit Aufrufen zu linksextre-

ze gegen Rechts sollte normal sein“.

„Dass eine Schule Extremisten so den roten Teppich ausrollt, dafür gibt es zwei mögliche Erklärungen: Entweder sind die verantwortlichen Lehrer so ahnungslos, dass man sich fragt, was sie ihren Schülern beibringen. Oder sie halten linken Extremismus (anders als rechten) für eine im Grunde gute Sache.“ So drückte es ein Journalist nach Bekanntmachung der Vorkommnisse aus. Und Alexander Wolf, der schulpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, ergänzte in einer Bürgerschaftsrede anlässlich der Vorkommnisse: „Eine Schule, die linken Extremismus als solchen gar nicht mehr wahrnimmt, kann ihn folglich auch nicht problematisieren, geschweige denn

„Der Schulrat fand an zahlreichen Stellen politische Plakate und Aufkleber, im Treppenhaus, im Eingangsbereich, auf den Tischen und in zwei Klassenräumen, ohne dass ein Bezug zum Unterricht erkennbar war. Das war ein eindeutiger Verstoß gegen die Neutralitätspflicht.“

Für Wolf zeigen die Vorkommnisse, dass sich die Einrichtung des Info-Portals „Neutrale Schulen Hamburg“ gelohnt hat: „Die Hinweisgeber haben sich nicht an uns gewandt, weil sie petzen wollten. Sie wollten einzig den Rechtsverstößen und dem einseitigen linken Treiben an der Schule nicht länger zusehen. Aber sie hatten Angst, damit zur Schulleitung zu gehen, weil sie private und berufliche Nachteile fürchteten.



Linksextremismus ist ein Problem an Hamburger Schulen. Schüler, Eltern und Lehrer mit nicht-linken Meinungen werden eingeschüchtert und mundtot gemacht

mistischen Demos und zu Planungstreffen im Schanzenviertel sowie mit Anti-AfD-Stickern wie „FCK AFD“ oder „Echte Alternativen statt AfD“. Schüler durften sogar in einem Klassenraum vor einem Transparent der „Antifa Altona Ost“ posieren. Später teilten sie ein Foto dieser Aktion auf der Seite der linksextremistischen „Antifa Altona Ost“.

Nicht besser im Schulgebäude: Hinter der Eingangstür gewaltverherrlichende Propaganda. Ein Vermummter vor brennenden Barrikaden, FCK-AfD-Aufkleber, der polizeifeindliche Slogan „All Cops Are Bastards“ im Treppenhaus, ein großes Graffiti mit dem linksextremistischen Anarcho-Symbol, überall Fotos und Plakate der vom Verfassungsschutz beobachteten Antifa Altona Ost, auf einem zu lesen: „Het-

bekämpfen – was aber ihr verfassungsmäßiger Auftrag wäre. Das macht nach den gewalttätigen Ausschreitungen während des G20-Gipfels fassungslos.“

So sah es auch die Schulbehörde: Sie bestätigte nach der AfD-Anfrage vollumfänglich die Neutralitätsverstöße. Die zuständige Schulaufsicht führte eine Begehung der Schule durch, ließ das Material der linksextremistischen Gruppen entfernen und ordnete eine Sonderkonferenz der beteiligten Lehrkräfte an. Darauf reagierte die Schule selbst sehr befremdet und behauptete einige Tage nach Veröffentlichung der Vorkommnisse plötzlich, alles sei nur ein „Kunstprojekt“ gewesen. Doch abermals stellte Schulsenator Ties Rabe (SPD) gegenüber dem Abendblatt vom 30. März klar:

Das ist keine Petze, sondern eine Bitte um Hilfe. Ich bin froh, dass wir helfen konnten, das Neutralitätsgebot an dieser Schule wieder besser durchzusetzen. Politische Werbung und Extremismus gleich welcher Art dürfen an Hamburger Schulen kein Platz haben.“

Es geht um die Verteidigung von Demokratie und Meinungsfreiheit gegenüber den selbsternannten „Antifaschisten“. Auf erschreckende Weise bewahrheitet sich hier auch die Prophezeiung des Ignazio Silone. Der italienische Schriftsteller und Politiker hatte schon am Ende des Zweiten Weltkrieges erklärt: „Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‚Ich bin der Faschismus‘. Nein, er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus‘.“

„Die brennen gut!“

Der alltägliche Antisemitismus an Hamburger Schulen: Ein Lehrer* bricht das Schweigen

„Du Jude“, „Scheiß Jude“ ... diese hasserfüllten Äußerungen sind keine Seltenheit an Schulen – jedenfalls nicht nach meiner Erfahrung. Ich bin seit vielen Jahren Lehrer. Ich sitze aber nicht vor blonden und blauäugigen Jungen und Mädchen, deren Zöpfe vielleicht auf eine völkische Erziehung hindeuten könnten, wie es eine skurille Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung behauptet.

Alle diese menschenverachtenden Äußerungen habe ich ausschließlich von muslimischen Jungen gehört. Soweit mir bekannt, war es nie ein Junge aus Palästina; es waren in Deutschland geborene Kinder, meist aus türkischen Familien. Also lässt sich auch nicht vermuten, es könne sich um Kinder handeln, die von Kriegs-Traumata geprägt sind. Vor etlichen Jahren hatte ich einen türkischstämmigen, aber hier geborenen Jungen in meiner Klasse, der öfter mit antisemitischen Äußerungen daherkam. Auf seiner Jacke prangte ein Sticker der Grauen Wölfe, einer rechtsextremistischen Bewegung in der Türkei. Als wir in Geschichte den Film „Schindlers Liste“ sahen, lachte er und sagte „Die brennen gut!“

Im Biologieunterricht an der gleichen Schule fragte mich ein Junge plötzlich: „Sind sie Christ?“ „Ja!“, antwortete ich. „Trinken sie auch Wein?“ „Ab und zu, wie so fragst Du?“ „Wussten sie, dass die Juden sie dazu verführt haben. Die haben nämlich auch die Bibel gefälscht!“ Auf meine spontane Frage hin, wo sie denn all diesen „Blödsinn“ lernen, kam die Antwort: „Das hat uns unser Hodscha erzählt“. Dazu kam noch die Begründung, dass dieser Mann, also ein islamischer Religionsgelehrter, niemals Blödsinn erzählen könnte, weil er doch so viele Bücher lese. Mir fiel nur im Zorn ein zu entgegnen, dass die Anzahl der Bücher oder die Lektüre überhaupt kein Merkmal für Weisheit und Klugheit sei. Viele Nazis hatten studiert: Goebbels zum Beispiel.

In dieser Nacht konnte ich schwer schlafen, hatte ich doch den Hodscha mit Goebbels auf eine Stufe gestellt. Instinktiv war mir klar, dass die beiden Herren eine große Ähnlichkeit hatten, doch muss man als Lehrkraft vorsichtig mit dem sein, was man sagt. Eine Anzeige durch Eltern oder einen kosmopolitischen Hodscha, die einem Rassismus vorwerfen, kann das Ende bedeuten. Davon blieb ich verschont, von weiteren anteseemitischen Äußerungen nicht: Ein Schüler zeigte mir mal im

Unterricht ein Stück Kohle und fragte: „Wissten sie, was das ist? – Ein toter Jude!“

Kurze Zeit später hingen an unserer Schule Plakate aus. Dort bot der SPD-Politiker Nils Annen an, in die Schule zu kommen, um über den „Kampf gegen rechten Faschismus“ zu referieren und Anregungen zu liefern für die schulische Arbeit. Ich erinnere mich noch, wie ich schmunzelnd vor dem Plakat stand. In all den Jahrzehnten meiner Existenz in Hamburg, war mir noch nicht ein Nazi in Bomberjacke und Springerstiefeln begegnet. Damit hier aber kein falscher Eindruck entsteht: Ja, es gibt diese Sorte Mensch bei den Deutschen; zum



„Warum ich diesen Erfahrungsbericht in einer Zeitung der AfD veröffentliche? Weil es keine andere Partei in Deutschland gibt, die dieses Problem massiv anspricht.“

kritischen Denken unfähige Wesen; Menschen, die es nicht verdienen, den Pass dieses Landes tragen zu dürfen. Aber die persönliche Gefahrenbeurteilung von Herrn Annen erschien mir sonderbar. Also schrieb ich eine Mail, in der ich auf das Problem des lebendigen Antisemitismus hinwies und um Hilfe bat. Vielleicht wäre es möglich, ein Projekt zu erarbeiten, welches sich mit dem akuten Problem beschäftigt?! Es kam keine Antwort. Dieselbe Mail versendete ich einige Wochen später nochmal. Wieder keine Antwort.

Heute erahne ich, was das Problem war und weiterhin ist: Es ist einfach ungefährlich und zudem medial spektakulär, gegen den deutschen Nazi in den Kampf zu ziehen. Vielleicht schießen deshalb auch so viele junge Antifaschisten wie Pilze aus dem Boden. Man zieht sich eine schwarze Uniform an, reiht sich mit Gleichgesinnten in einen Stoßtrupp und schwenkt Antifa-Fahnen. Dieses Land braucht aber Menschen, die in der Schule zum kritischen und umfassenden Denken aufgefordert werden. Schule muss zu einem Ort werden, an dem provokativ das eigene Denken immer wieder hinterfragt wird. Wir brauchen junge Menschen, die in der

Lage sind „ohne Geländer zu denken“, so die deutsch-jüdische Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt. Für sie ging die größte Gefahr von gedankenlosen Menschen aus.

Wir müssen den jungen Menschen zeigen, mit welchen simplen Taschenspielertricks Empathie und eigenes Denken ausgeschaltet werden. Psychologie sollte zu einem verbindlichen Unterrichtsfach ab der fünften Klasse werden, und wir sollten uns realen alltäglichen Problemen widmen: Es sind jüdische Kinder, die von deutschen Schulen flüchten, wir haben eine Massenflucht von jüdischen Mitmenschen aus ihrer europäischen

Heimat. Wir brauchen eine MeToo-Bewegung für unsere jüdischen Mitmenschen. Wir müssen uns nebeneinander stellen und ein Zeichen setzen für all jene, die glauben, sie hätten ein irgendwie geartetes Recht auf ihr krankes Denken. Wir müssen ihnen zornig entgegengetreten und „Stop“ sagen.

Zorn ist gerecht, Hass ist destruktiv.

Warum ich diesen Erfahrungsbericht in einer Zeitung der AfD veröffentliche? Weil es keine andere Partei in Deutschland gibt, die dieses Problem massiv anspricht. Woanders werde ich nicht gehört. Spricht man diese Problematik an, dann bemerkt man gleich, in welche Richtung man gedrängt wird - un-nachgiebig und mit kollektiver Gewalt.

Und dann frage ich mich, wie verrückt es ist, dass man als Deutscher im 21. Jahrhundert erneut einem Risiko ausgesetzt ist, gesellschaftlich ruiniert zu werden, wenn man ein Problem benennt, welches viel akuter ist als Dieselabgase und Kohlendioxidwerte: Es betrifft unsere jüdischen Mitbürger, es betrifft deren Kinder. Und dann, ja genau dann, schäme ich mich, das ich Deutscher bin.

**Der Autor ist der UNS HAMBURG Redaktion namentlich bekannt. Er unterrichtet an einer Hamburger Stadtteilschule*

Aus Platzgründen haben wir den Text gekürzt. In voller Länge hier:

[afd-fraktion-hamburg.de/
dr-alexander-wolf](https://afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf)

Organspende: Schweigen ist noch keine Zustimmung

Ein Kommentar des AfD-Gesundheitspolitikers Harald Feineis

„Organspenden retten Leben“, „die Organspende ist ein Akt der christlichen Nächstenliebe...“ – so argumentieren zumeist Organisationen, die von Spenderorganen profitieren. Tatsächlich gibt es immer weniger Spender, weshalb die Politik nun nachhilft. So verfolgt Gesundheitsminister Spahn ein Gesetz, das eine Organentnahme grundsätzlich erlaubt, es sei denn, der Mensch widerspricht. Diese so genannte Widerspruchslösung löst Widerspruch aus.

„Der Staat als Verteilorganisation greift auf Organe Verstorbener ohne deren Einverständnis zurück, indem er einen unterlassenen Widerspruch als Zustimmung wertet“, fasst der katholische Ethiker Eberhard Schockenhoff seine Bedenken zusammen und fährt fort: Das wecke nicht gerade Vertrauen in die Transplantationsmedizin, spiele aber dem Transplantationshandel in die Hände.

Das Thema polarisiert, ängstigt und wirft auf beiden Seiten Fragen auf. Endgültig können diese nicht geklärt werden, beispielsweise die Frage nach dem Todeszeitpunkt. Ist der Hirntote tot oder erst auf dem Weg in den Tod? Weltweit gibt es mehr als 30 unterschiedliche Hirntoddefinitionen, was im Klartext heißt, es hängt vom jeweiligen Land ab, ob die gleichen Patienten im selben Zustand als schon tot oder noch lebend definiert werden.

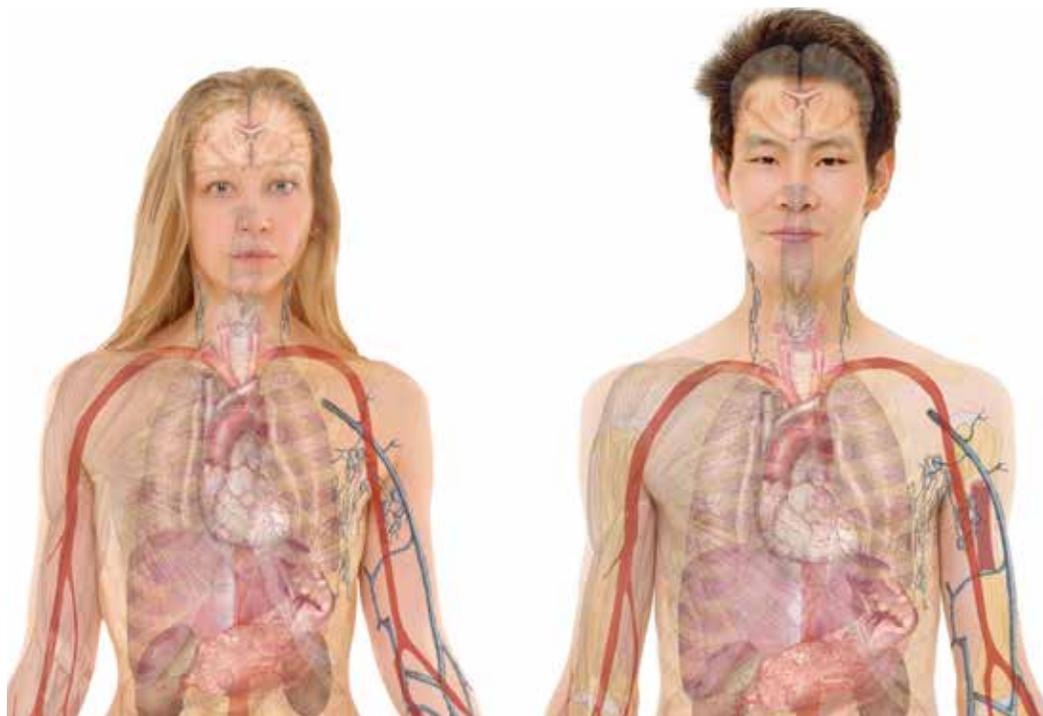
In einigen europäischen Ländern, auch den USA, werden Organe entnommen, wenn ein Mensch durch Herz-Kreislaufstillstand gestorben ist und das Herz trotz Wiederbelebungsversuchen nicht reanimiert werden konnte. Die deutsche Bundesärztekammer lehnt diesen Herztod als sicheres Todes-Kriterium ab. Denn gemäß Transplantationsgesetz muss der Hirntod diagnostiziert werden, weil nur so eine Wiederbelebung des Patienten medizinisch ausgeschlossen sei. Außerdem sei damit sichergestellt, dass der Spender keinen Schmerz empfindet.

Eigenartigerweise empfiehlt die Deutsche Stiftung Organtransplantation trotzdem, vor der Organentnahme ein Schmerzmittel zu verabreichen, welches einhundertmal so stark ist, wie ein Morphin.

Die Angst vor der eigenen Sterblich-

keit blendet im Ernstfall solche Tatsachen schnell aus. Das ist verständlich. Irrig ist aber auch der Glaube an die nahezu grenzenlosen Möglichkeiten der Transplan-

fremden Körper akzeptiert. Dazu bedarf es hoher Cortisongaben. Fast immer werden hierdurch die gesunden Organe geschädigt, das Immunsystem geschwächt.



Menschliche Ersatzteillager in spe? Längst nicht jeder kann sich damit anfreunden

tationsmedizin, obwohl sie, wie etwa das Universitäre Transplantations Centrum (UTC) des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE), großartiges leistet. Im UTC werden Leber, Niere, Bauchspeicheldrüse, Lunge und Herz verpflanzt. Bundesweit gehört es zu den größten Transplantationszentren. Bei den Lebendspenden ist es führend.

„Wenn wir die Gesellschaft über die Organspende aufklären, bekommen wir keine Organe mehr.“

PROFESSOR RUDOLF PICHLMAYR,

PIONIER DER TRANSPLANTATIONSMEZIZIN

Aber wo auch immer die hochqualifizierten Operationsteams tätig werden, das neue Organ des Patienten muss dennoch ‚gedopt‘ werden, damit es den

Nicht selten sterben transplantierte Menschen an Infektionen, gegen die sich ihr Körper nicht wehren darf, um das transplantierte Organ nicht abzustößen. Und es gibt Organempfänger, die ihr krankes Leben nicht als lebenswert empfinden. Die Selbstmordrate ist bei diesen Menschen hoch.

Organspende ist keine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sondern eine ganz persönliche Entscheidung – und die sollte informiert erfolgen. Der Gesetzgeber muss dafür sorgen, dass ein Mensch in Ruhe und Frieden sterben darf, seinem Tempo gemäß, liebevoll begleitet, ohne dass irgendjemand an seinem sterbenden Körper Ansprüche anmeldet. Das Bewusstsein der Einheit von Körper, Seele und Geist darf einer rationalen Betrachtungsweise niemals weichen. Mit dem Vorstoß des Gesundheitsministers würde der Körper eines Menschen als Ersatzteillager zugunsten der Gesamtbevölkerung interpretiert werden. Daher sollte ein Schweigen grundsätzlich als Nein betrachtet werden und niemals als eine Zustimmung.

Hamburgs „Beteiligungsdschungel“

Wie riskant sind 400 öffentliche Unternehmen?

Haben Sie eigentlich schon einmal eine Stadtrundfahrt mit Jasper gemacht? Falls ja, war Ihnen da klar, dass diese Busgesellschaft eines der rund 400 öffentlichen Unternehmen der Hansestadt Hamburg ist? Bei vielen öffentlichen Unternehmen ist der Zusammenhang schnell klar: Bei der Stadtreinigung zum Beispiel oder auch bei den öffentlichen Friedhöfen.

Einige Gesellschaften wurden gerade erst gekauft, wie Gasnetz Hamburg, und die Erinnerung an die Presseberichte ist noch frisch. Weitaus weniger bekannt ist beispielsweise, dass die Stadt über die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) Haupteigentümerin des tschechischen Eisenbahnverkehrsunternehmens Metrans ist. Über die Hamburger Hochbahn AG gehören der FHH 56 Prozent der Gebäudereinigungsfirma TEREK. Deren 1700 Mitarbeiter sind nicht nur am Hauptsitz Hamburg tätig sondern auch in den Niederlassungen Berlin und Görlitz. Das Hamburger Abendblatt (28.11.2018) staunt über die ungewöhnlichen Aktivitäten der Stadt: „Als Konzern betrachtet, ist sie eines der größten Unternehmen der Republik. Rund 400 Firmenbeteiligungen, 120.000 Mitarbeiter, eine Bilanzsumme von 90 Milliarden Euro – Werte eines mittelgroßen DAX-Konzerns.“

Die 400 Unternehmen im In- und Ausland werden von verschiedenen Behörden geleitet und vom Ausschuss „Öffentliche Unternehmen“ überwacht. Das ist allerdings nicht ganz einfach und der Rechnungshof hat diesen „Beteiligungsdschungel“ bereits im Jahresbericht 2016 kritisiert. Die Bürgerschaft hat daraufhin eine Organisationsuntersuchung angestoßen, die zwar noch nicht ganz abgeschlossen ist, aber schon unschöne Ergebnisse gebracht hat: Der Senat nimmt keine kritischen Prüfungen des öffentlichen Zwecks vor, zentrale Vorgaben zur Bilanzierung oder Fristen werden nicht eingehalten und die Risikoanalyse ist oft mangelhaft. Hinzu kommt, dass der neue Finanzsenator mit Hinweis auf Betriebsgeheimnisse im Ausschuss „Öffentliche Unternehmen“ nicht mehr ganz so auskunftsfreudig ist, wie es noch der alte war.

In diesem Jahr soll nun das Beteiligungsmanagement fortentwickelt werden. Dazu Andrea Oelschläger, Sprecherin für öffentliche Unternehmen in der AfD-Fraktion: „Das ist auch dringend nötig, denn sonst steigt Hamburg durch seine direkten und indirekten Beteiligungen bald nicht mehr durch. Auch weil die öffentlichen Unternehmen nicht der Schuldenbremse unterliegen, ist die Risikoanalyse wichtig.“



Im hamburgischen Besitz: Das tschechische Eisenbahnverkehrsunternehmen Metrans

WOHNUNGSNOT

Senat setzt auf Luftschlösser

Eine Stadt in Angst: Laut einer Infratest dimap Umfrage fürchtet ein Drittel aller Hamburger Mieterpreiserhöhungen, die sie sich nicht mehr leisten können. Betroffen vom drohenden „Mietpreis-K.o.“ (Hamburger Morgenpost) sind vor allem Menschen mit schmalem Einkommen.

Detlef Ehlebracht, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt, warum: „Migrationsdruck, Singlehaushalte und Landflucht lassen die Wohnungen knapp werden. Überregulierung und überzogene Anforderungen, etwa durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Energie-



Mangelware: Bezahlbare Wohnungen

einsparverordnung, tragen ihren Teil zur Preisentwicklung bei.“

Der Senat hält dagegen und baut ein paar Wohnungen. Vor allem aber errichtet er die schönsten Luftschlösser: Die Zielzahlen für den sozialen Wohnungsbau seien nun schon das siebte Jahr in Folge erreicht. Für den sozial gebundenen Neubau sollen auch 2019 und 2020 Förderungen von über 3000 Wohnungen ermöglicht werden, verkündete Bausenatorin Dorothee Stapelfeld stolz und anscheinend in völliger Verkennung der Situation: „Aktuell stehen rund 80.000 Sozialwohnungen in Hamburg rund 400.000 Haushalten mit einem Anspruch auf geförderten Wohnraum gegenüber“, so Ehlebracht. Fakt ist auch, dass zukünftig mehr Wohnungen aus der Bindungsfrist fallen als nachgebaut werden können. Für Ehlebracht ist klar: „Es muss schnellstens über neue Ansätze nachgedacht werden, zum Beispiel weg von der Objektförderung, hin zur Unterstützung von Bedürftigkeit, wie nach dem Prinzip des Wohngeldes.“

Folterer, falsche Homosexuelle, Revolutionsgarden

Wie sich Immigranten aus dem Iran und anderen Ländern Asyl erschleichen

Bittere Worte findet Dawood Karimi* für viele seiner ehemaligen Landsleute, die als Asylbewerber nach Deutschland einwandern. Weil er selbst vor 30 Jahren kam, sich hier eine Existenz aufbaute, die deutsche Staatsbürgerschaft annahm und unser Land lieben lernte, beschreibt er in UNS HAMBURG, was ihn stört am hiesigen Asylwesen und vor allem, wie es schamlos ausgenutzt wird.

Nicht erst mit der großen Welle von 2015, sondern auch in den Jahren zuvor haben zehntausende Iraner in den europäischen Ländern Asyl beantragt. Sie gaben an, politisch verfolgt zu sein oder als Homosexuelle im Iran mit dem Tod bedroht zu werden. Auch die Zugehörigkeit zum Christentum oder zu anderen Religionen wurde als Fluchtgrund angeführt.

Auf einige traf dies zu, auf viele nicht – zum Beispiel auf tausende kleine und große Kriminelle, Drogenhändler und Diebe, die mit zusätzlichem deutschem Pass ihr Geschäftsfeld erweitern wollten. Nach

anerkannten iranischen Oppositionsquellen sind auch mindestens 2500 Mitglieder der Iranischen Revolutionsgarde nach Deutschland als Asylbewerber eingesickert. Da ich einige dieser „Flüchtlinge“ persönlich kenne, weiß ich, dass an dieser Schätzung einiges dran sein muss. Wieder andere vorgeblich Verfolgte sind Ex-Funktionäre der Regierung. Legal oder auch illegal haben sie Milliarden Rial [iranische Währung, Redaktion] aus der Staatskasse mitgehen lassen.

Aber es geht sogar noch schlimmer: Als ehemaliger Übersetzer kenne ich in Hamburg eine Flüchtlingsfamilie mit vier erwachsenen Kindern. Vater und Mutter haben jahrelang im Dienste der Mullahs in den Folterkammern mehrerer iranischer Gefängnisse Oppositionelle gequält. Im Iran haben sie ihre gesicherte Rente und eine Menge angehäuften Vermögens: Immobilien, Funkmasten, Aktien etc. Davon haben sie in ihren Asylanträgen, genau wie so viele andere, natürlich kein Wort gesagt.

Warum auch, wenn es so leicht ist, unter

Vortäuschung falscher Tatsachen hier in Deutschland ein abgesichertes Leben mit allem Drum und Dran zu erhalten. Als Übersetzer hatte ich mit Anwälten zu tun, die ihren Mandanten den Tipp gaben, sich im Asylantrag als konvertierter Christ auszugeben. Das sei einfach und wäre ein Fluchtgrund mit höchster Anerkennungsquote. Tatsächlich habe ich unter Dutzenden angeblich zum Christentum konvertierte

versteckten Reisepasses für Asylanten, für anerkannte und nicht anerkannte „Flüchtlinge“. Sie werden wohl vor allem als lukrative Devisenbringer gesehen. Es gibt übrigens auch kein einziges Beispiel dafür, dass in den vergangenen Jahren ein einziger Mensch im Iran im Gefängnis landete oder gar hingerichtet wurde, weil er zu einer anderen Religion konvertierte.

Das Fazit aus all diesen Beobachtungen:

Das Asylrecht für wirklich verfolgte Menschen ist in unserem Grundgesetz festgeschrieben und muss mit allem Respekt umgesetzt werden. Es ist aber ein grundlegender Fehler, dieses Recht so freigiebig an die falschen zu verteilen. Strengere Gesetze und Kontrollen müssen her. Falsche Angaben im Asylantrag beispielsweise müssten ohne Verjährung ernste juristische Konsequenzen nach sich ziehen.

**Der wahre Name des Autors ist der Redaktion bekannt. Wer*

Fragen, auch bezüglich der genannten Fakten hat, kann sich gerne an ihn wenden. Ansprechpartner ist die Redaktion von UNS HAMBURG. Wir leiten die Fragen an ihn weiter.



Straßenszene in der iranischen Stadt Ghom: „Seltsamerweise scheuen sich viele ‚Flüchtlinge‘ auch nicht, immer wieder dorthin zu reisen, wo ihnen angeblich höchste Gefahr droht.“

Flüchtlinge keinen einzigen entdeckt, der wirklich daran glaubte und bei Kirchenbesuch und Taufe nicht schauspielerte. Einige waren tief überzeugte Moslems, die streng an ihren islamischen Traditionen festhielten. Von denen, die vorgaben, als verfolgte Homosexuelle geflohen zu sein, suchten sich einige, kaum, dass sie anerkannt waren, eine Ehefrau in ihrer Heimat und setzten alles daran, sie nachzuholen.

Seltsamerweise scheuen sich viele „Flüchtlinge“ auch nicht, immer wieder dorthin zu reisen, wo ihnen angeblich höchste Gefahr droht. Kaum in Deutschland anerkannt, sitzen viele schon mit ihren blauen Pässen im Flugzeug, um über die Türkei in die Geburtsländer zu reisen. Die Verantwortlichen dort spielen übrigens fleißig mit. Das verrät schon ein Blick auf die Internetseiten der Botschaften beziehungsweise Konsulate. Zu finden sind dort – ausschließlich in persischer Sprache – die entsprechenden Antragsformulare für die Ausstellung des neuen Reisepasses oder Verlängerung des vor der Ausländerbehörde

AfD-Positionen werden in den Medien häufig als islamfeindlich dargestellt. Dabei hat sich die AfD dem Ideal der Aufklärung verpflichtet! Vorurteilsfrei über den Islam informieren?

islamspiegel-hamburg.de





Dr. Alexander Wolf

FRAKTIONSVORSITZENDER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Europaausschuss (Vorsitz), Schulausschuss, Kulturausschuss

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

Dirk Nockemann

FRAKTIONSVORSITZENDER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Innenausschuss, Justizausschuss, Verfassungs- und Bezirksausschuss, Wissenschaftsausschuss

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/



Detlef Ehlebracht

VIZEPRÄSIDENT DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT UND PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss, Datenschutzgremium

afd-fraktion-hamburg.de/detlef-ehlebracht/

facebook.com/Detlef.Ehlebracht.AfD/

Andrea Oelschläger

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss Öffentliche Unternehmen, Haushaltsausschuss

afd-fraktion-hamburg.de/andrea-oelschlaeger/

facebook.com/Andrea-Oelschläger



Harald Feineis

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, Gesundheitsausschuss, Familien-, Kinder- und Jugendausschuss

afd-fraktion-hamburg.de/harald-feineis/

Peter Lorkowski

MITGLIED IN DEN AUSSCHÜSSEN:

Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien, Eingabenausschuss, Sportausschuss, Härtefallkommission

afd-fraktion-hamburg.de/peter-lorkowski/



Schwimmen durch steigende Sicherheitskosten teurer?

Lorkowski: „Früher reichte ein Bademeister mit Trillerpfeife“



Wasserratte in Seenot: Hamburgs Schwimmbäder verlangen immer höhere Preise

Die Eintrittspreise für Schwimmbäder der Bäderland Hamburg (BLH) sind in den letzten Jahren konstant erhöht worden, zuletzt erst zum 1. Februar 2019 vom grünen Umweltsenator Jens Kerstan. Im Haushaltsausschuss hatte der Senator eine Preiserhöhung noch ausgeschlossen, aber was interessiert ihn schon sein Geschwätz von gestern. Doch was sind die Gründe für die Preiserhöhung? Etwa mehr Investitionen in die Qualität oder einen Ausbau der Angebote? Nein. Es sind die stetig steigenden Kosten für private Sicherheitsdienste in den Bädern.

Dies geht aus AfD-Anfragen an den rot-grünen Senat hervor. Die Kosten für den privaten Sicherheitsdienst haben sich in den letzten sechs Jahren fast vervierfacht. BLH führt als Grund für die Kostensteigerung den heißen Sommer 2018 an. Dass dies nicht der wahre Grund sein kann, sieht man daran, dass die Kosten nicht erst seit dem letzten Sommer spürbar steigen.

Betrugen diese 2013 noch 83.600 Euro, so beliefen sie sich 2018 bereits auf 318.000 Euro, also fast das Vierfache! Auch die Anzahl an privaten Sicherheitsdiensten in

Hallenbädern hat sich verdreifacht.

Doch warum werden private Sicherheitsdienste überhaupt benötigt? Medienberichten zufolge würden in Berlin gezielt Mitarbeiter eingestellt, die Arabisch und Türkisch sprechen, um als Streitschlichter zu fungieren, da Schwimmbadbetreiber berichten, dass es kontraproduktiv sei, wenn sich ein Schwimmmeister in Streitigkeiten zwischen „jungen Männern“ einmische beziehungsweise sich das Aggressionspotential dadurch noch erhöhe.

Dazu der sportpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Peter Lorkowski: „Früher reichte ein Bademeister mit seiner Trillerpfeife, um im Schwimmbad für Ordnung zu sorgen. Doch je bunter und vielfältiger die Besucher werden, umso mehr steigt offenbar das Bedürfnis nach robusterem Schutz. Den Preis dafür haben die friedlichen Badegäste zu zahlen.“

Statt dem Klimawandel die Schuld zu geben, sollte den Hamburgern endlich reiner Wein eingeschenkt werden, denn die Hamburger sind es schlussendlich, die diesen Schlamassel auszubaden haben.

AfD deckt Behördenirrsinn auf

Zehn Jahre Planung für eine PKW-Schranke

Viele seltene Tiere fühlen sich in Hamburgs größtem Naturschutzgebiet „Kirchwerder Wiesen“ wohl. Der Amtsschimmel aber auch: Um Tiere zu schützen, soll der dortige Fersenweg mittels Schranke gesperrt werden.

Angedacht ist eine Hightechanlage, die mit

Transponderkartenfunktioniert. Herstellungskosten: 72.000 Euro! Eine manuelle Schranke würde nur 6.300 Euro kosten. Die Umweltbehörde schätzt, dass etwa 60 Personen den Weg ab und zu nutzen. Um das Schranken-Problem zu lösen, zerbrechen sich die Behörden seit 2009 den Kopf. Das ergab eine AfD-Anfrage.

GLOSSE

Irre Realpolitik

Realpolitik sollte vorurteilsfrei und sachbezogen sein. Und vor allen Dingen auf das Wohl der Bürger ausgerichtet sein.

Rot-Grün stellte den Antrag „Verlängerung der U4 bis Grasbrook“, ohne ein Wort darüber zu verlieren, dass Planungen bestehen, die U4 bis Harburg weiterzuführen. Also stellte die AfD den Zusatzantrag: „Gemeinsam mit den zuständigen Fachämtern und Unternehmen die möglichen Schnellbahntrassen für die Verlängerung der U4 über die Elbe planerisch zu erfassen, zu bewerten und die geeignetste Trasse bei der anstehenden städteplanerischen Entwicklung der Regionen Wilhelmsburg/Harburg entsprechend baulich zu berücksichtigen.“

Die FDP stellt einen inhaltlich nahezu deckungsgleichen Zusatzantrag mit dem Wortlaut: „ (...) in den weiteren baulichen Planungen zur Schienenanbindung des Kleinen Grasbrooks an die Linie U4 einen Korridor für mögliche Trassenverläufe gen Süden vorausschauend für den Sprung nach Wilhelmsburg zu prüfen und die entsprechenden Flächen freizuhalten beziehungsweise zu berücksichtigen.“

Dreimal dürfen sie raten, wie die Abstimmung von SPD, Grüne, CDU, Linke und FDP ausfällt. Korrekt, der FDP-Antrag wird in den Ausschuss überwiesen, der inhaltsgleiche AfD-Antrag abgelehnt.

Die Lage ist wie folgt: Stellt die AfD keine Anträge, dann bringt sie sich nicht in die parlamentarische Arbeit ein. Bringt sie aber Anträge ein, werden sie alle abgelehnt. Selbst wenn sie deckungsgleich mit Anträgen anderer Fraktionen sind, die wiederum angenommen werden.

Bringt die AfD-Fraktion dieses heuchlerische Verhalten zur Sprache, dann begeben sie sich selbst in die Opferrolle und stellen sich in die Jammerecke. Dieses Verhalten ist geboren aus der Unfähigkeit, die AfD inhaltlich zu stellen. Es zeigt die wahre demokratische und parlamentarische Gesinnung der politischen Akteure quer durch die Altparteien. Höchste Zeit für frischen Wind in der Bürgerschaft, der diesen Mief dieser vermeintlichen Bewahrer der parlamentarischen Demokratie aus der Bürgerschaft rauspustet, samt Fraktionszwang und Hinterzimmerkungeleien. Das sind nämlich nicht die Bewahrer der parlamentarischen Demokratie, sondern deren Abwracker.

Detlef Ehlebracht

Zahlen statt Worte



1.000

STRASSENBAÜME

wurden zwischen Oktober 2018 und Februar 2019 gefällt. Nachpflanzungen seien aber nur für rund drei Viertel der gefälltten Bäume geplant. Zwischen den Jahren 2009 bis 2017 hat sich der Straßenbaumbestand in Hamburg um fast 4 Prozent dezimiert.

Quelle: NABU Hamburg



108.695

STUDENTEN leben in der Hansestadt.

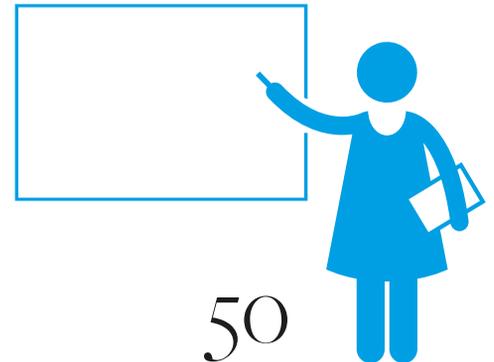
Quelle: Statistisches Bundesamt



450.000.000

(450 Millionen!) Euro wurden 2018 für die Unterbringung, Bildung, Vermittlung und allgemeine Integration der etwa 55.000 in Hamburg lebenden **FLÜCHTLINGE** ausgegeben.

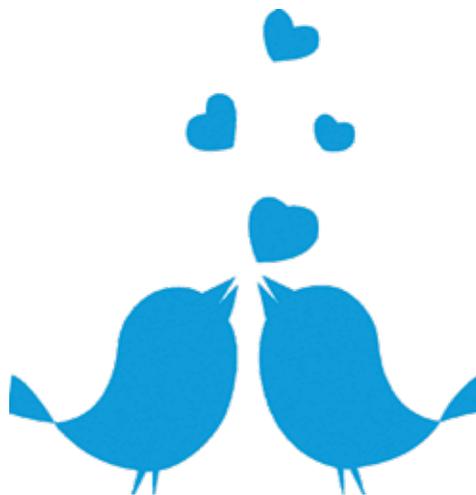
Quelle: Hamburger Abendblatt (25.02.2019)



50

Prozent beträgt der Anteil der Schüler mit **MIGRATIONSHINTERGRUND** an den 191 staatlichen Hamburger **GRUNDSCHULEN**.

Quelle: Hamburger Abendblatt (12.02.2019)

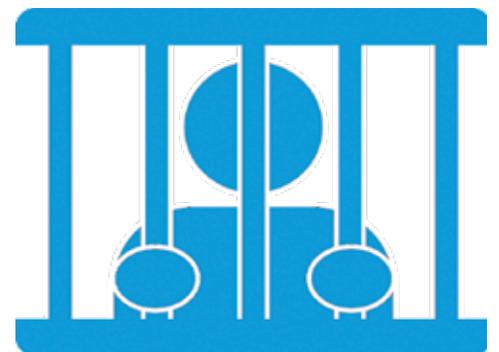


Maximal

16.000

BRUTPAARE des **HAUSSPERLINGS** leben in Hamburg. Anfang 2000 waren es noch 29.000 Brutpaare.

Quelle: Rote Liste der Brutvögel in Hamburg 2018



61

PROZENT der **GEFÄNGNISINSASSEN** in Hamburg sind Ausländer. Der Migrationshintergrund der restlichen Gefangenen wird statistisch nicht erfasst. In den sechs Gefängnissen der Stadt sitzen aktuell mehr als 2000 Gefangene, darunter 1800 Männer, 130 Heranwachsende und 100 Frauen.

Quelle: Die Welt (04.02.2019, 21.03.2019)

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl aus der Presseberichterstattung der letzten Monate

Junge Freiheit (02.04.2019): **Hamburger Museum bietet EX-RAF-Mitglied ein Forum**

Das Hamburger Museum am Rothenbaum hat den verurteilten ehemaligen RAF-Terroristen Karl-Heinz Dellwo zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen. Auch der Sprecher des linksextremen Zentrums „Rote Flora“, Andreas Blechschmidt, nahm daran teil. Die Veranstaltung fand bereits am 21. Januar statt, wie nun durch eine Anfrage der AfD-Bürgerschaftsfraktion bekannt wurde. Die beiden Männer nahmen an einer Lesung unter dem Motto „Der kommende Aufstand“ teil. Der Vorsitzende der Hamburger AfD-Bürgerschaftsfraktion, Alexander Wolf, äußerte sich empört über die mangelnde Abgrenzung des Kulturbetriebs zu Linksextremisten. „Während linke Kulturschaffende Auftritte von als ‚Rechtspopulisten‘ diffamierten Personen bei jeder Gelegenheit zu verhindern versuchen, haben sie selbst offenbar kein Problem damit, selbst militanten Linksextremisten ein Podium zu bieten.“

+++

Welt (27.03.2019): **Bürgerschaft stimmt für Sprachtests für Imame**

Die Hamburgische Bürgerschaft will in den Moscheegemeinden mehr Deutsch sprechende Imame haben. Einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen wurde am Mittwoch zugestimmt. Darin wird der Senat aufgefordert, zu prüfen, ob islamische Religionsgelehrte vor ihrer Einreise nach Deutschland zu einem Sprachtest verpflichtet werden können. (...) Die AfD forderte, den türkischen Islamverband Ditib als politischen Akteur zu entmachten. «Solange das nicht passiert, macht der Antrag wenig Sinn», sagte Fraktionschef Dirk Nockemann.

+++

ndr.de (27.03.2019): **Bürgerschaft: Schlagabtausch über AfD-Meldeportal**

Hintergrund ist, dass durch dieses Portal ein Vorfall in der Ida Ehre Stadtteilschule bekannt geworden war, in deren Oberstufengebäude Aufkleber und Flyer der linksextremen Gruppe „Antifa Altona Ost“ gefunden und auf Anweisung der Schulaufsicht entfernt worden waren. „Antifaschistisch sind wir alle“, sagte AfD-Fraktionschef Alexander Wolf in der Aktuellen Stunde im Rathaus.

Doch die Antifa sei linksextremistisch und missbrauche diesen Begriff - und die Ida Ehre Schule habe ihr den roten Teppich ausgerollt. „Eine solche Schule, die linken Extremismus als solchen gar nicht mehr wahrnimmt, kann ihn folglich auch nicht bekämpfen“, so Wolf.

+++

Hamburger Abendblatt (23.03.2019): **„Tag der Stimmen“: 100 Jahre Frauenwahlrecht in Hamburg**

Die Fraktionsvorsitzenden der AfD Dirk Nockemann und Alexander Wolf diskutierten mit Zuhörern die Thesen „Multikulti ist Mist“ und „Rechts ist das neue Schlaw“. In dem kontroversen, aber stets gesitteten Streitgespräch ging es neben vorschneller Pauschalisierung auch um gemeinsame Werte und die Vorzüge eines multikulturellen Miteinanders.

+++

Hamburger Abendblatt (19.03.2019): **Linksextremisten agieren ungestört an Schule**

Erstmals hat das umstrittene AfD-Online-Portal „Neutrale Schulen“ zu größeren Konsequenzen für eine Hamburger Schule geführt. Die Schulbehörde hat die Schulaufsicht bereits in den Märzferien zu einer Begehung in die Ida Ehre Schule (IES) geschickt, um Vorwürfen nachzugehen, dort verbreite die vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierung „Antifa Altona Ost“ linksextremistische Propaganda - mit stillschweigender Duldung von Lehrern und Schulleitung.

+++

Hamburger Abendblatt (05.03.2019): **Forderung nach Stadtbahn für Hamburg spaltet die Stadt**

Mit seiner im Abendblatt erhobenen Forderung, Hamburg brauche neben der U5 auch eine Stadtbahn, hat BUND-Chef Manfred Braasch eine größere Debatte angestoßen. (...) AfD-Verkehrspolitiker Detlef Ehlebracht nannte das Projekt „unrealistisch und unbezahlbar“.

+++

Hamburger Abendblatt (24.02.2019): **Bürgerschaft: AfD fühlt sich ausgegrenzt**

Die AfD-Fraktion in der Bürgerschaft fühlt sich von den anderen Fraktionen ausgegrenzt. Anlass ist eine „Motivations- und Informationskampagne“ zur Bürgerschaftswahl 2020, die in der kommenden Bürgerschaftssitzung am Mittwoch beschlossen werden soll. Den An-

trag dazu haben SPD, Grüne, CDU, Linke und FDP gestellt. Dass die anderen Fraktionen den Antrag ohne die AfD stellen, kritisiert deren Fraktionschef Alexander Wolf: „Die pauschale Ausgrenzung der AfD ist wenig souverän von den Altparteien. Dadurch beschützen sie nicht die Demokratie, sondern sie beschädigen sie. Den antragstellenden Fraktionen geht es gar nicht um Wahlmotivation in Hamburg, denn sie grenzen ja über 70.000 Bürger, die der AfD bei der letzten Bundestagswahl in Hamburg ihre Stimme gaben, aus.“

+++

ndr.de (13.02.2019): **Bürgerschaft: Gegenwind für den Mietendeckel**

Die Linken sind in der Hamburgischen Bürgerschaft mit ihrer Forderung nach einem Mietpreisdeckel für die Hansestadt fraktionsübergreifend auf Kritik gestoßen. Vertreter der anderen Parteien warfen ihnen am Mittwoch vor, bei den Bürgern aus ideologischen und populistischen Gründen falsche Hoffnungen zu wecken, da eine Umsetzung einer gesetzlich vorgeschriebenen Höchstmiete durch die Länder rechtlich gar nicht möglich sei. Daher sei ein Mietendeckel ungeeignet. (...)

Die AfD kritisierte, dass Fakten nicht neutral, sondern politisch analysiert würden. Detlef Ehlebracht nannte den Linken-Antrag die „real existierende Sozialismus-Variante“.

+++

Hamburger Abendblatt (26.01.2019): **AFD fordert Soldaten-Gelöbnisse auf dem Rathausmarkt**

Die AfD-Bürgerschaftsfraktion setzt sich dafür ein, dass öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr wieder auf dem Rathausmarkt stattfinden. In einem Antrag fordert die AfD den Senat auf, die Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr einzuladen, die jährliche Beförderung der Offiziersanwärter zu Leutnanten auf dem zentralen Platz vor dem Rathaus durchzuführen.

Nach Ansicht der AfD ist ein Grund für die Nachwuchsprobleme der Bundeswehr die mangelnde Verankerung der Armee in der Zivilgesellschaft. „Die Soldatinnen und Soldaten sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft und führen doch ein beschämendes Schattendasein. Es liegt in der Verantwortung der Politik, dies zu ändern“, sagt der AfD-Abgeordnete Detlef Ehlebracht.

Berlin-Fahrt zu gewinnen!

Wie gut kennen Sie Ihre Heimatstadt?

Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz!
Zu gewinnen gibt es:

Eine Fahrt nach Berlin für zwei Personen, inklusive Übernachtung und Essen. Es erwartet Sie ein spannendes und aufregendes Programm mit einer besonderen Überraschung. Schauen Sie hinter die Kulissen der Bundespolitik.

Die richtige Lösung können Sie bequem auf unserer Seite eingeben:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft
Stichwort: Hamburg-Quiz
Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 30. August 2019.

Unter richtigen Einsendern entscheidet das Los.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück.

1 Blankenese ist ... ?

ein Stadtteil | eine Eiscrememarke | plattdeutsch für verschnupft

2 Der Hamburger SV schießt seine Tore ... ?

in der 2. Liga | unter Trainer Jogi Löw | am Millerntor-Stadion

Auf den Geschmack gekommen?
Interesse geweckt?
Widerspruch erregt?

Mehr Infos zur Arbeit
der AfD-Fraktion
finden Sie hier!



IHR KONTAKT ZUR AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT:

🏠 AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

☎ 040 428 31-25 18 (Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

💻 afd-fraktion-hamburg.de

💻 uns-hamburg.de

💻 islamspiegel-hamburg.de

📘 facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📺 youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

📷 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand? Bestellen Sie hier unseren Newsletter: www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

IMPRESSUM

UNS HAMBURG

HERAUSGEBER AfD-Fraktion in
der Hamburgischen Bürgerschaft,
Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

VERANTWORTLICH IM SINNE DES
PRESSERECHTS: Dr. Alexander Wolf

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:
Frank Horns

TELEFON 040/42831-2518

E-MAIL presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die
Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion.
Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken
verwendet werden.